

Die Linke, Stadtratsgruppe, Am Bachl 16, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 17.07.2023

Telefon 0151/ 400 677 61

Telefax

E-Mail stadtratsgruppe@dielinke-
ingolstadt.de

Gremium	Sitzung am
Jugendhilfeausschuss	26.09.2023

**Schulsozialarbeit zur Regel machen
- Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 17.07.2023 -**

Sehr geehrte Stadträt:innen,

wir bitten um Zustimmung zu folgendem **Antrag**:

Der Stadtrat möge beschließen

1. Die Stadt Ingolstadt verfolgt mittelfristig das Ziel einer flächendeckenden Ausstattung aller Schulen mit Schulsozialarbeit, unabhängig von der Schulform.
2. Die Stadt Ingolstadt fordert den Freistaat eindringlich auf, die flächendeckende Schulsozialarbeit gesetzlich zu verankern und eine entsprechende dauerhafte Förderung für die Schulträger auf den Weg zu bringen. Dabei soll die Förderrichtlinie möglichst auch dahingehend weiterentwickelt werden, dass auch Schulen in freier Trägerschaft berücksichtigt werden können. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich entsprechend bei der Landesregierung dafür einzusetzen.
3. Die Stadt Ingolstadt stattet bis zum Schuljahr 2028/29 schrittweise flächendeckend alle ihre Schulen mit Schulsozialarbeit aus. Hierfür legt sie dem Stadtrat ein Umsetzungskonzept vor, das, soweit möglich, in Kooperation mit der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt erarbeitet wird.

Begründung

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz bietet die Grundlage für die Schulsozialarbeit. Diese sollte Anlaufstelle für alle Schülerinnen und Schüler an allen Schultypen sein, Fälle, die

sozialpädagogische Betreuung erfordern, gibt es schließlich an allen Schulen. Mit dem Hauptziel, die individuellen, sozialen und schulischen Entwicklungen der Kinder und Jugendlichen zu fördern und Bildungsbenachteiligungen auszugleichen, ist es schlicht logisch, an allen Schultypen Sozialarbeiter:innen anzustellen. Mit der Katholischen Universität und ihrem Masterstudiengang "Schulsozialarbeit/ Jugendsozialarbeit an Schulen" haben wir für dieses Vorhaben auch eine ideale Partnerin in der Region. Parallel zur Ausarbeitung des eigenen Konzepts, muss ein Dialog mit dem Freistaat eröffnet werden, auf dass dieser seiner Verantwortung nachkommt, die anfallenden Mehrkosten refinanziert und eine gesetzliche Verankerung für Schulsozialarbeit für alle bayerischen Kinder und Jugendlichen schafft.

Mit freundlichen Grüßen

Roland Meier
Mitglied des Stadtrates

Francesco Garita
Mitglied des Stadtrates